

In dieser Nummer

Klärungsbedarf
in Sachen
Gehälterrevision
Seite 2

Konferenz Sektor
Öffentlicher Dienst
Seite 3

Konferenz Sektor
Pensionierte
Seiten 4+5

Dienststellenbesuche
Seite 6

Sektion Bus
Seite 7

Verdienstorden
Seite 8

Landesverband zu Gesprächen beim Nachhaltigkeitsminister Claude WISELER eingeladen



Es muss weiter in den öffentlichen Transport investiert werden

Foto: Pitt Becker

Am 16. Juni 2010 weilte eine Delegation des FNCTFEL-Landesverbandes beim Nachhaltigkeitsminister Claude WISELER, um den Investitionsplan der Regierung in Sachen

öffentlicher Transport zu erörtern.

Der Minister teilte mit, für das Jahr 2010 stünden, ähnlich wie in den Jahren 2008 und 2009, 800 Millionen Euro zur Verfügung, um

im Transportbereich zu investieren. Da heiße es natürlich, Prioritäten zu setzen, aber die Regierung sei noch immer gewillt, den Investitionen in den öffentlichen Transport Vorzug zu gewähren.

Im Klartext heißt dies, die Eisenbahnstrecke Luxemburg – Pétange werde auf ihrer gesamten Länge bis 2012 zweigleisig ausgebaut.

(Fortsetzung Seite 2)



GUY GREIVELDING Die schaffende Klasse bluten lassen

In ganz Europa wollen die Regierungen mit dem Applaus der Arbeitgeber die

Beschäftigten und Pensionempfänger für die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sie nicht verschuldet haben, über Sozialabbau bluten lassen. Die Schuldigen an dieser Krise aber werden verschont.

In Deutschland wollen Merkel und Westerwelle vor allem bei den Sozialleistungen abbauen. Elterngeld, Arbeitslosengeld, Pendlerpauschale sind u.v.a. die Angriffsziele. Die neue britische konservative-liberale Regierung haut in die gleiche Kerbe. Die Streichung von Sozialleistungen, Einschnitte bei Steuererleichterungen für Familien mit Kindern, Einfrieren der Gehälter im öffentlichen Dienst heisst ihr Rezept um den Staatsdefizit abzubauen. Italien fährt die gleiche Schiene. Auch Berlusconi will den öffentlichen Bediensteten mit dem Einfrieren ihrer Gehälter an den Pelz und auch Zuschüsse an die Kommunen sollen gestrichen werden. Der Franzose Sarkozy will mit seiner konservativen Regierung das Rentenalter von 62 auf 67 Jahre heraufsetzen und die Berufe unter erschwerten Bedingungen nicht mehr anerkennen.

Ob unsere Regierung nun die ausländischen Sparvorschläge kopiert oder selbst entwickelt hat ist uns eigentlich egal, wir können nur feststellen, dass die Sparprogramme dieser vier europäischen Staaten dieselben Züge aufweisen, wie das, wel-

ches Premier Juncker am 5. Mai vor allem den Beschäftigten und Pensionierten als Rezept für die Gesundung der Staatsfinanzen und für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe verschrieb. Millionen Bürger in Europa sollen nun doch die Last der Krisenbewältigung über den Weg von Kürzungen von Sozialleistungen tragen. Und gleichzeitig nutzt man die Situation, um den öffentlichen Bediensteten zu hohe Einkommen vorzuwerfen, die dann auch prompt eingefroren respektive gekürzt werden sollen.

Mit den bisher beschlossenen Spar- und Steuer-massnahmen dürfte das Paket für Sozialabbau wohl noch nicht ganz geschnürt sein. Nach wie vor ist die CSV darauf aus dem Land eine Index-manipulation zu verpassen. bestätigte dies einmal mehr letzte Woche, indem sie erklärte bis spätestens Ende des Jahres eine Einigung zu erzielen, wie die automatische Lohnanpassung zu handhaben sei. Gewusst ist, dass auch DP und die Grünen bereit sind diesen Weg mitzugehen. Wie die LSAP sich im Endeffekt verhalten wird, sie die zur Zeit keinen Handlungsbedarf für eine Index-manipulation sieht, bleibt abzuwarten. Kann sie der CSV Paroli bieten oder lässt sie sich von der Allmacht der Christsozialen überrennen?

Wir gehen unseren Weg in Sachen Erhalt des Indexes und seines bewährten Mechanismus. Und so lassen wir uns auch nicht von der von hochbezahlten Funktionären der Handwerkerföderation aufgezogenen Kundgebung vor dem Parlament vor allem gegen den Index beirren. Es geht aber nicht nur um den Index. Es geht um ein Gesamtpaket, das eigentlich nur die Schaffenden zur Kasse bittet. Und wie beflissen die CSV ist, um dieses Sparpaket so schnell wie möglich umzusetzen, um dem Widerstand der Gewerkschaften zu entgehen, beweist die Tatsache dass Hochschulminister Biltgen eilends ein Gesetzprojekt auf den Instanzenweg gebracht hat, um das Kindergeld für Eltern, deren Kinder Unistudien machen, zu deckeln. Angesagt war, dass das Kin-

dergeld über 21 Jahre nicht mehr ausbezahlt und durch Börsen und Kredite ersetzt würde. Jawohl, das Gesetzprojekt sieht nun vor, schon ab dem 18. Lebensjahr kein Kindergeld mehr zu zahlen. Der CSV-Mann Biltgen scheint überhaupt einer der fähigsten Einpeitscher für Sozialabbau zu sein. In den mit ihm und der delegierten Ministerin Modert geführten Gesprächen über die Gehälterverhandlungen und die Gehälterrevision im öffentlichen Sektor inklusive Revision des öffentlichen Statuts, bestätigte er uns unumwunden einen Lohnstopp für den Punktwert für die Jahre 2010-2014. Mit einem einzigen Hinweis auf einen politischen Entscheid, ohne überhaupt ein Argument zu liefern, lehnte er unsere Forderung für eine grosse Tariffkommission in den Gehälterverhandlungen ab.

Und ob wir zu den Verhandlungen zur Gehälterrevision zugelassen werden, bleibt abzuwarten. Minister Biltgen zeigte sich nämlich im Anschluss an die Unterredung sehr gereizt und sprach davon zu überlegen, ob er uns überhaupt am Verhandlungstisch haben will, nur weil wir der Öffentlichkeit unmissverständlich seine Haltung zur Gehälterrevision übermitteln hatten. Und er war es, der von einer Kosten neutralen Gehälterrevision sprach und weiter mitteilte, dass die Anfangsgehälter gekürzt und der Gehälterfächer erweitert werden muss. Klar konnten wir aus diesen Aussagen und den Nebensätzen erkennen, dass die Gehälter der höheren Laufbahn angehoben werden. Aber nicht genug damit. Seinen Aussagen konnte man ebenfalls entnehmen, dass die Essenzulage an einem seidenen Faden hängt.

Unsere Aufgabe ist, uns gegen Sozialabbau im allgemeinen und so auch dagegen im öffentlichen Sektor zu wehren, genauso wie wir nicht mit der Evaluierung bei den Beförderungen einverstanden sind. Und wir werden das tun mit treffenden Argumenten und allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln.

Tribüne

JEAN-CLAUDE THÜMMEL
Klarer Auftrag

Die Delegierten der 39. Konferenz des Sektors Eisenbahnen haben getagt. Und haben ein komplettes Paket geschnürt. Dieses Paket ist der Auftrag an den Sektorenvorstand die Geschicke des Sektors Eisenbahnen im Sinne unserer "Outil de travail" und im Sinne aller Kolleginnen und Kollegen beider Eisenbahnen zu leiten. Die Resolution die zum Schluss der Konferenz mit den Stimmen aller KonferenzteilnehmerInnen verabschiedet wurde ebenso wie die von den Berufssektionen eingereichten Anträge sprechen eine klare Sprache. Sie sind Auftrag und Ansporn für die nächsten beiden Jahre. Ja sie sind ein Aktionsprogramm das sich der Sektor gegeben hat und das dieser mit allen Gremien im Landesverband zusammen umsetzen will. Ein Aktionsprogramm sollte aber nicht nur reaktiv formuliert sein, nein es sollte auch eine verstärkte Dynamisierung der gewerkschaftlichen Basisarbeit bedeuten. Dazu gehören Information, Kommunikation, Sensibilisierung und Mobilisierung. Die Ziele sind hoch gesteckt. Und das ist auch gut so. Denn die im Fahrwasser der globalen Überproduktionskrise gefahrenen Attacken auf den sozialen Besitzstand der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner fordert eine konzertierte Gegenwehr heraus. Wir wollen uns gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen dieser Herausforderung stellen. „Die Verarmung großer Teile unserer Gesellschaft führt zu weiterer Desolidarisierung mit weitreichenden Konsequenzen“, heißt es im Vorspann der Konferenzresolution. Es stimmt einfach nicht dass die Lohnabhängigen ihren Teil zur Krisenbekämpfung noch nicht erbracht haben. Im Gegenteil, die „Master of the universe“ die einen erheblichen Anteil an der schlimmsten Krise der globalen Ökonomie seit mehr als 80 Jahren haben, wurden immer noch nicht zur Kasse gebeten. Im letzten einleitenden Satz der Resolution heißt es: „Die Umverteilung des Reichtums muss endlich in Angriff genommen werden, damit jeder in Würde leben kann“. Dem ist eigentlich nichts mehr hinzu zu fügen. Außer vielleicht, dass es dazu die Einheit wirklich aller Lohnabhängigen braucht. Die Konferenz stellt im Übrigen fest, dass die von der Regierung vorgeschlagenen Sparmaßnahmen keineswegs dazu angetan sind die tatsächlichen strukturellen Probleme zu lösen. Im Gegenteil. Minister Biltgen hat es klar und verständlich gesagt. Er möchte die Einkommensschere im öffentlichen Dienst ganz allgemein weiter aufmachen. Das heißt, dass ein bewährtes Sozialprinzip ausgehebelt wird. Eine Umverteilung von unten nach oben wäre die Folge. Wer so etwas sozial nennt, läuft vor purem Zynismus wohl gleich über. Ganz allgemein haben die Konferenzdelegierten in der Debatte gesagt, dass die Privatisierungsbestrebungen im öffentlichen Sektor keine Alternative für eine bessere oder billigere Dienstleistung sind. Negativbeispiele gibt es zuhauf. Die drohende Stilllegung des Personenverkehrs auf der Eisenbahnstrecke Noertzingen – Rümelingen kann nach Meinung der Konferenz keinesfalls so akzeptiert werden. Bevor Strecken stillgelegt werden, sollte über die Attraktivität der solchen nachgedacht werden. Und da gibt es sehr wohl viel zu tun. Auch sollte die Eisenbahnchefetage keine voreiligen Schlüsse aus dem relativen Einbruch der in 2009 beförderten Personen schließen. Auch hier sollte zuerst eine tiefgreifende Analyse her ehe wie so oft mangels Phantasie mit dem Brechisen die Probleme angegangen werden. Die Konferenz fordert weiter in ihrem Positionspapier die kompromisslose und strikte Einhaltung der geltenden Arbeitsbedingungen. Es müsste eigentlich auf der Hand liegen, dass ein Großherzogliches Reglement strikt und kompromisslos eingehalten wird. Schließlich hat es Gesetzeskraft. Das scheint aber einigen entgangen zu sein. Hier ist dringender Handlungsbedarf geboten. Der Sektor Eisenbahnen wird Strategien ausarbeiten um diesen gefährlichen Trend zu stoppen. Mit der Einhaltung der geltenden Arbeitsbedingungen tut sich die CFL Cargo-Chefetage auch ziemlich schwer. Die Betriebs- genau wie die Arbeitssicherheit müssen, und daran müssen sich irgendwann alle gewöhnen, oberste Priorität haben. Auch dann wenn der ökonomische Druck wächst. Ansonsten verliert man seine Glaubwürdigkeit. In insgesamt 20 berufsspezifischen Anträgen an die Konferenz wehren sich die Delegierten gegen Outsourcing, Privatisierung und Filialisierung und fordern substantielle Verbesserungen bei der Ausbildung, der Gewaltprävention sowie eine Wiedereinführung der Spezialregime. Der Forderung nach einer substantiellen Arbeitszeitverkürzung wird in den Anträgen an die Konferenz breiter Raum zugestanden. Es ist nach 40 Jahren Stillstand an der Arbeitszeitfront an der Zeit eine Kampagne in Richtung Arbeitszeitverkürzung zu starten. Der Sektor Eisenbahnen wird in Zusammenarbeit mit den Gremien des Landesverbandes eine solche vorbereiten. Es ist allerdings absehbar, dass eine solche Kampagne nicht nur Fürsprecher finden wird. Dessen sind wir uns bewusst. Deshalb haben wir anlässlich der Konferenz vom 12. Juni den Startschuss für eine neue Werbekampagne gegeben. Nach dem Motto „Zesumme staark“. Das ist unser Auftrag.

Landesverband zu Gesprächen beim Nachhaltigkeitsminister Claude WISELER eingeladen

(Schluss von Seite 1)

Die Linie Luxemburg – Bettemburg genießt nach dem Willen der Regierung auch absoluten Vorrang, und deren Ausbau soll ab 2014, wenn möglich auch früher, in Angriff genommen werden. Der Neubau der CFL-Werkstätten (CRM) in Luxemburg wird, wie geplant weitergeführt werden. Auf der Nordstrecke wird die Ausweichstelle Michelau auch realisiert werden. Auch die nötigen Investitionen in die multimodale Plattform in Bettemburg werden durchgeführt.

Für den Landesverband ist eine zweite Ausweichstelle auf der Nordstrecke zwischen Clerf und Ulflingen absolut notwendig, und das Luxemburger Ministerium müsse unbedingt zu seinem belgischen Homologen Kontakt aufnehmen, um die notwendigen Verbesserungen auf dem belgischen Teil der Nordstrecke zu bewirken. Die Strecke Luxemburg – Lüttich ist und bleibt ein wichtiges Bindeglied zwischen dem TGV-Est und dem Thalys (TGV-Verbindungen nach Norddeutschland und den Niederlanden).

Andere Projekte müssten nach den Worten des Ministers wegen der krisenbedingten Haushaltsla-

ge bis nach 2014 oder noch bis später zurückgestellt werden.

Auf Druck des Landesverbandes machte der Minister unmissverständlich klar, dass das Tram-bahnprojekt für die Stadt Luxemburg nicht endgültig auf Eis gelegt, sondern bis 2014 zurückgestellt sei. Die Planungen für die Tram gehen weiter damit nach diesem Datum mit der Bauphase begonnen werden kann. Der Landesverband verlangt auch weiterhin den Bau und den Betrieb der Tram in öffentlicher Hand.

Die eisenbahntechnische Anbindung des Flughafens Findel und des Kirchbergs seien auch keineswegs vergessen, als ein wichtiger Eckpfeiler zur Realisierung des Verkehrskonzepts Modalsplit, muss aber auch wegen der aktuellen Finanzlage um zwei Jahre verschoben werden.

Der Landesverband machte dem Minister klar, dass all diese Investitionsprojekte nicht fallen gelassen werden dürfen, denn sie sind auch ein Mittel, um sowohl im privaten wie im öffentlichen Sektor Arbeitsplätze zu schaffen und so die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Zudem sind Investitionen in den öffentlichen Transport ein wesentlicher Bei-

trag zum Klimaschutz. So bedauert der Landesverband die verschiedenen Sparmaßnahmen, begrüßt aber den Willen des Ministers dem öffentlichen Transport im vorgeschlagenen Investitionsplan Priorität zu gewähren.

Allgemein fordert der Landesverband eine Verbesserung des Angebots im öffentlichen Transport, besonders durch den Ausbau der Park & Ride – Parkplätze an den Bahnhöfen im ganzen Land. Auch Geisterbahnhöfe, ohne Personalbesetzung und Fahrkartenschalter, dienen der Angebotsqualität und der Sicherheit für die Reisenden nicht und werden vom Landesverband abgelehnt.

Auch wurde die geplante Einstellung des Personenverkehrs auf der Zugstrecke Nörtzingen – Rümelingen angesprochen. Der Landesverband verdeutlichte, er werde diese Einstellung nicht hinnehmen und forderte ein verbessertes, kundenorientiertes Zugangebot, z.B. durch Direktzüge zwischen dem Kaylital und Luxemburg. Der Minister betonte, es sei noch keine definitive Entscheidung seitens des Ministeriums gefallen, und in dieser Sache sei die CFL-Direktion besonders gefordert.

Klärungsbedarf in Sachen Gehälterrevision

Minister Biltgen reagierte ziemlich pikiert auf die Aussagen des FNCTTFEL-Landesverbandes in Sachen Gehälterrevision im öffentlichen Dienst.

Im Anschluss an eine Unterredung mit den zuständigen Ministern Biltgen und Modert hatte der Landesverband erklärt, die Regierung beabsichtige den Gehälterfächer im öffentlichen Dienst wesentlich zu erweitern, dazu die Anfangsgehälter drastisch zu kürzen sowie die Gehälter der höheren Laufbahn zu erhöhen. Dabei hatte der Landesverband darauf hingewiesen, dass zu den höheren Laufbahnen unter anderem auch Direktoren und Minister gehören (siehe Stellungnahme vom 15.6.2010).

Jetzt könnte die Regierung argumentieren, sie beabsichtige die Gehälter der höheren Laufbahn zu erhöhen, mit Ausnahme derjenigen der Minister, wäre da nicht die Aussage von Minister Biltgen, es könne nicht sein, dass ein Verwaltungsdirektor mehr verdiene als sein Minister. Ergo

kann die von der Regierung geplante Erhöhung der Gehälter in den gehobenen Laufbahnen kaum an den Ministern vorbei kommen.

Doch soll dies uns keineswegs davon ablenken, dass die Gehaltserhöhungen in der oberen Laufbahn (mit oder ohne Minister) auf Kosten der unteren Laufbahnen erfolgen werden, da das Ganze „kostenneutral“ zu geschehen habe.

Oder will der Minister uns auf diese Weise nachträglich mitteilen, die geplanten Erhöhungen der Gehälter in den oberen Laufbahnen seien vom Tisch? Was dann wiederum bedeuten würde, dass die „Erweiterung des Gehälterfächers“ ausschließlich durch Kürzungen in den unteren Laufbahnen geschehen soll?!

Der Landesverband möchte weder dem Minister noch der Regierung etwas unterstellen, sondern verlangt lediglich, dass offen und klar über diese Fragen gesprochen wird.

Nachdem der Landesverband in den 70er Jahren maßgeblich daran beteiligt war, die Gehälter in den unteren Laufbahnen an die – zu dem Zeitpunkt besseren – Löhne im Privatsektor anzupassen, will die Regierung das Rad der Geschichte offensichtlich zurückdrehen, statt die Erhöhung der niedrigen Einkommen im Privatsektor in Angriff zu nehmen und dafür zu sorgen, dass in Luxemburg jeder, der arbeitet, ob im Privatsektor oder im öffentlichen Sektor, einen ordentlichen Lohn bekommt.

Will die Regierung – entgegen aller Versprechen und entgegen der bisherigen Praxis – diese Gehälterrevision ohne den lästigen Landesverband durchziehen, der den geplanten Sozialabbau mit aller Deutlichkeit ablehnt und auch Alternativen anzubieten hat?

Sieht so ein ernst geführter Sozialdialog im öffentlichen Dienst aus?

Mitgeteilt vom
FNCTTFEL-Landesverband



Foto: Pitt Becker

Nach der Konferenz des Landesverbandes zum Bereich „Öffentlicher Dienst“

Die FNCTTFEL will beim Staat mitreden

Die Konferenz des Landesverbandes im Bereich „Öffentlicher Dienst“, die alle zwei Jahre abgehalten wird, hatte unlängst mehr als ein aktuelles Thema zu behandeln. Wir sprachen mit dem Nationalpräsidenten der FNCTTFEL, Guy Greivelding, und dem wiedergewählten Präsidenten des Sektors, Justin Turpel, über die aktuellen Entwicklungen.

Der Landesverband, der auf eine lange Tradition in dem Sektor zurückblicken kann, will stärker an den laufenden Verhandlungen beim öffentlichen Dienst beteiligt werden und begründet dies u.a. mit den Kriterien der sektoriellen Repräsentativität, die von der Gewerkschaft erfüllt würden. Ein Beispiel ist die Stadt Luxemburg, wo der Landesverband bei den Sozialwahlen unlängst ein Drittel zulegen konnte und die Mehrheit bei den rund 2.000 Beamten stellt.

Wo der Landesverband in der Verantwortung stehe, werde dies auch von den Belegschaften anerkannt, so Greivelding und Turpel. Das Beispiel der Stadt Luxemburg verdeutlicht dies.

Bei den Staatsangestellten („employés de l'Etat“) konnten auf Anhieb zwölf Prozent der Stimmen erreicht werden.

Anerkennung durch Mitbestimmung

Die FNCTTFEL steht somit fest auf ihrem Standbein des öffentlichen Dienstes und möchte die entsprechende Anerkennung. Dass die Regierung die Gehälterverhandlungen beim Staat ausschließlich mit der CGFP führt, sei eine rein politische Entscheidung und kann so von den Gewerkschaftern nicht nachvollzogen werden. Neben den führenden Gewerkschaften bei der Eisenbahn und im Gemeindefaktor müsste auch das Syvicol hier eingebunden werden. Immerhin hat der beim Staat verhandelte Punktwert einen direkten Einfluss auf die Gehälter in diesen Sektoren, so unsere Gesprächspartner.



Der Sektor Öffentlicher Dienst will mitgestalten

(Fotos: Carlo Kohn)

Die Forderung des Landesverbandes ist eine zweimal 2,5-prozentige Lohnerhöhung, bessere Arbeitsbedingungen und eine wöchentliche Wochenarbeitszeitverkürzung in Richtung 35 Stunden.

Die letzte Verkürzung der Arbeitszeit liege immerhin bereits vier Jahrzehnte zurück.

Auch bei der Revision der Gehälterstruktur und des Statuts im öffentlichen Dienst verlangt der Landesverband Mitsprache. Die Gewerkschaft war bei den entsprechenden Revisionen von 1963 und 1974 federführend. In den achtziger Jahren fand keine allgemeine Revision statt und in den 90ern wurde die Pensionsreform durchgezogen. Bei all diesen Verhandlungen war die FNCTTFEL dabei und versteht nicht, warum dies jetzt nicht der Fall sein soll.

Den Gehälterfächer nicht vergrößern

Obwohl der gesamte Inhalt des 1.200 Seiten umfassenden Dokumentes der Regierung noch längst nicht bekannt ist, wehrt die Gewerkschaft sich gegen die angestrebte Senkung der Einstiegsgehälter und eine Anhebung der Direktorengehälter. Der Lohnfächer dürfe nicht noch weiter auseinanderklaffen.

Die von der Regierung angestrebte Evaluierung öffne der Willkür Tür und Tor, so Guy Greivelding und Justin Turpel, die hier die Gefahr von demotivierendem Klientelismus unterstreichen.

Als Berufsverbot interpretieren die Gewerkschafter gar die geplante Regelung, dass Beamte auf Verantwortungsposten auf der Linie der Regierung sein müssen, ansonsten Entlassung drohe.

Eine Verlängerung der Stagezeit auf drei Jahre inklusive des Ersetzens des jetzigen Gehaltes durch eine Entschädigung, der Wegfall sämtlicher „annales“ und verschiedener „biennales“ wird von der FNCTTFEL abgelehnt. Dass der Wechsel vom privaten in den öffentlichen Sektor ver-

einfach werden soll und die damit verbundene Aufweichung des Statuts, programmiere ebenfalls Günstlingswirtschaft vor.

Die Erfahrung habe gezeigt, dass bereits die aktuellen Einstellungsprozeduren zu undurchsichtig seien, so der Nationalpräsident und der Verantwortliche für den öffentlichen Dienst abschließend. Der Landesverband will demnächst auch im Bereich „Fonction publique“ eine Werbekampagne starten.

Robert Schneider, Tageblatt

„Gesond Gemenge brauche gesond Finanzen“

Die 39. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst im FNCTTFEL-Landesverband, die im „Casino syndical“ stattfand, hat folgende Motion verabschiedet:

- Sie ist beunruhigt über die Entwicklung der Gemeindefinanzen, welche sicherstellen müssen, dass eine lokale Gemeinschaft ihren Bürgern öffentliche Dienstleistungen, Daseinsfürsorge und Infrastrukturen anbieten kann;
- warnt ausdrücklich davor, diesen Trend zu leeren Kassen gewähren zu lassen, da er unweigerlich zu Privatisierungen und/oder zu Verteuerung der Dienstleistungen auf Kosten der Bürger führt, drastische Verschlechterungen mit sich bringt und früher oder später dazu führt, dass nur noch diejenigen öffentliche Dienstleistungen beanspruchen können, die es sich leisten können;
- will auf die Konsequenzen leerer Gemeindefinanzen in Deutschland hinweisen, wo immer mehr Städte und Gemeinden Schulen, Spielplätze, Grünflächen und öffentliche Plätze nicht mehr instand halten können, Musikschulen, Kinderkrippen, Kulturzentren und Sportinfrastrukturen schließen;
- ist überzeugt davon, dass umfassende öffentliche Dienstleistungen im lokalen Raum zur gesellschaftlichen Kohäsion beitragen und unverzichtbarer Bestandteil einer modernen und solidarisches Gesellschaft sind;
- betont, dass zahlreiche öffentliche Dienstleistungen im lokalen Raum nur von öffentlicher Hand, den Gemeinden, angeboten werden können, damit sie sozial gerecht und von der notwendigen Qualität sind;
- ist entsetzt über die Aufforderung von Parlament und Regierung, die Gemeinden einer „schottischen Dusche“ auszusetzen und als einzige Alternative für ausgeglichene Haushalte Spar- und Austeritätsprogramme auf lokaler Ebene zu nennen;
- verlangt von allen Partnern, sich an einen Tisch zu setzen und Alternativen zur Verbesserung und Anpassung der Gemeindefinanzen an die wirklichen Bedürfnisse im lokalen Raum zu suchen, ohne dass dies vorrangig auf Kosten normal verdienender Bürger geschieht;
- erklärt sich bereit, an der Ausarbeitung zusätzlicher Einnahmequellen für die Gemeinden mitzuarbeiten.



Der Sektorpräsident Justin Turpel bei der Eröffnung

Pressemitteilung

Öffentlicher Dienst: Divide et impera

Nachdem der FNCTTFEL-Landesverband am 19. Mai 2010 öffentlich vor dem Ministerium für den Öffentlichen Dienst gegen die Geheimniskrämerei in Sachen Gehältervertrag, Gehälterrevision und Reform des Statuts protestiert hatte, haben die Minister Biltgen und Modert sich heute den ganzen Tag Zeit genommen, um alle im öffentlichen Sektor vertretenen Gewerkschaften, eine nach der anderen, zu empfangen, um sie einzeln darüber zu informieren, dass der Ge-

hälterfächer im öffentlichen Sektor wesentlich ausgebaut werden müsse, dass dazu die Anfangsgehälter drastisch gekürzt und die Gehälter der höheren Laufbahn, unter anderem Direktoren und Minister, erhöht werden müssten. Außerdem wurde ihnen kundgetan, dass das Vorkommen im öffentlichen Dienst künftig von der Bewertung des einzelnen Beamten abhängig gemacht werden soll, obschon man um die Gefahr derartiger (unweigerlich subjektiver

und zum Teil willkürlicher) Bewertungen wisse; doch man arbeite daran. Schlussendlich wurde ihnen bestätigt, dass alles nichts kosten dürfe und die Regierung sowieso («divide et impera») ausschließlich mit der CGFP verhandeln wolle. Und dies wissend, dass über 50.000 Bedienstete der verschiedenen Sektoren im Öffentlichen Dienst direkt oder indirekt von Gehältervertrag, Gehälterrevision und Reform des Statuts betroffen sind und alle, dort vertretenen Ge-

werkschaften in diese Verhandlungen einbezogen werden müssten.

Der FNCTTFEL-Landesverband ist nach wie vor der Meinung, dass alle Gewerkschaften im öffentlichen Dienst gemeinsam diesem Angriff der Regierung und dem geplanten Sozialabbau entgegenzutreten, und das Spiel, jeden gegen jeden auszuspielen, nicht mitmachen sollen.

(Mitgeteilt vom FNCTTFEL-Landesverband am 15. Juni 2010)

Notizblock

- Am späten Nachmittag des 14. Juni 2010 fand in Steinsel das alljährige Eisenbahnerfußballturnier statt. Neun Mannschaften spielten um den Pokal, welcher von der Mannschaft des „CFL-Fahrpersonals“ gewonnen wurde.
- Die Kameraden Guy GREIVELDING und Carlo THISSEN nahmen am 15. Juni 2010 am Nationalvorstand des OGB-L in Esch/Alzette teil.
- Am Nachmittag des 15. Juni 2010 kam die Verbandsleitung mit den Ministern BILTGEN und MODERT zu Gesprächen zu den Themen Gehälterverhandlungen und Gehälterreform im öffentlichen Dienst zusammen.
- Der Nachhaltigkeitsminister Claude WISELER empfing am 16. Juni 2010 eine Delegation des Landesverbandes zu Gesprächen über die zukünftigen Investitionen im öffentlichen Transport.
- Die Verbandsexekutive tagte am 17. und 24. Juni 2010, bzw. am 1. Juli 2010.
- Die Kameraden Guy GREIVELDING, Jean-Claude THÜMMEL und Carlo THISSEN waren am 18. Juni 2010 auf Dienststellenbesuch in Pettingen, Rodingen, Differdingen und Belval-Usines.
- Am Abend des 18. Juni 2010 fand in Bettemburg eine Sitzung, wo die Verbandsleitung mit den Vorständen der Vereinigungen Bettemburg, Esch/Alzette und Rümelingen über gemeinsame Aktionen für den Erhalt, sowie die Verbesserung des Personenverkehrs auf der Eisenbahnlinie Nörtzingen – Rümelingen beriet, statt.
- Der Verbandsrat kam am 21. Juni 2010 zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen.
- Eine Delegation des Landesverbandes war am 22. Juni 2010 bei der Direktion des „Verkéiersverbond“ zu Gesprächen eingeladen.
- Die Verbandsleitung traf sich am 24. Juni 2010 zu einem Gedankenaustausch mit der LSAP-Fraktion.
- Am Nachmittag des 24. Juni 2010 war die Sitzung der „Délégation Centrale“ der CFL einberufen worden.
- Der Vorstand der Vereinigung Ettelbrück hatte am Abend des 24. Juni 2010 die Kameraden Guy GREIVELDING und Carlo THISSEN zu einem Informationsaustausch eingeladen.
- Die Dienststellen in Wasserbillig, Mertert-Hafen und Echternach wurden am 25. Juni 2010 von den Kameraden Guy GREIVELDING, Jean-Claude THÜMMEL und Carlo THISSEN besucht.
- Der Sektor Pensionierte hatte am Nachmittag des 28. Juni 2010 seine große Sektorenkonferenz einberufen. Der Gesundheits- und Sozialminister Mars DI BARTOLOMEO war als Gastredner eingeladen.

Carlo Thissen

Sektor Pensionierte

Konferenz des Sektors „Pensionierte“ der FNCTTFEL

Aufruf zur Solidarität



Mars di Bartolomeo, Josy Konz und Landesverbandspräsident Guy Greivelding (Foto: Fabrizio Pizzolante)

Die wirtschaftspolitische Lage sowie die Wahlen zum Vorstand standen im Mittelpunkt der Konferenz des Sektors „Pensionierte“ des FNCTTFEL-Landesverbands, die im Bonnevewerger Casino stattfand.

Der Sektor „Pensionierte“ ist neben den Sektoren „Eisenbahnen“, „Öffentlicher Dienst“ und „Privater Transport“ der vierte Sektor des Landesverbandes. Insgesamt zählt er 2.400 Mitglieder. Die Begrüßungsrede des zu diesem Zeitpunkt Noch-Präsidenten Josy Konz stand ganz im Zeichen der Wirtschaftskrise und

ihrer Auswirkungen auf die Arbeitnehmer, insbesondere die Pensionierten.

Sogenannte Wirtschaftsexperten forderten im Namen der Wettbewerbsfähigkeit, die schaffenden Menschen sollen sparen und sich mit Lohnforderungen zurückhalten. Von den Managern und Finanzhaisen werde dies allerdings nie verlangt, empörte sich Konz. Dabei seien es doch diese Leute, die mit ihren Finanzspekulationen die Krise verursacht hätten. Es sei unannehmbar, dass 80 Millionen Menschen in der EU unter der Armutsgrenze lebten. In Luxemburg seien es mittlerweile 13 Prozent. Dass es den Menschen in anderen Ländern noch viel schlechter gehe, dürfe keine Ausrede sein, denn es sei kein Trost für die Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen seien.

Die Herausforderungen unserer Gesellschaft könnten nur zusammen gemeistert werden, meinte Josy Konz zu den Anwe-

senden, unter denen auch eine Delegation der Abteilung „Rentner und Pensionierte“ des OGBL sowie der Gesundheits- und Sozialminister Mars di Bartolomeo waren. Besonders der jungen Generation müsse der Wert der Solidarität nahegebracht werden.

Es sei an den Pensionierten, mit gutem Beispiel voranzugehen, und die Jungen auf die Gefahren von Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufmerksam zu machen.

In einer anschließenden Resolution sprachen sich die Teilnehmer entschieden gegen jede Art von Sozialabbau aus. Es sei gerade unser Sozialmodell, welches den Fortschritt Luxemburgs ermöglicht habe und die schlimmsten Auswirkungen der Krise bislang verhindert habe. Es gelte im

Gegenteil sogar, dieses Modell im Interesse der zukünftigen Generationen auszubauen.

Gegen Sozialabbau

Es könne nicht sein, dass die Politik von Lohnmoderation und Sozialabbau, die mit Schuld an der Krise sei, als Ausweg aus der Krise gewählt werde.

In der Resolution fordert die Konferenz, dass die volle Anpassung der Renten und Pensionen am 1. Januar 2011 ausbezahlt werde, das Indexsystem unverändert bleibe und die „Mamrent“ wie bisher ab dem 60. Lebensjahr ausbezahlt werde.

Auch die Bemühungen des Landesverbandes gegen Privatisierungen im öffentlichen Sektor werden von den pensionierten Eisenbahnern unterstützt.

Claude Molinaro, Tageblatt

3 Fragen an Josy Konz



Wie würden Sie Ihre Bilanz der vergangenen vier Jahre als Präsident des Sektors Pensionierte der FNCTTFEL beschreiben?

Josy Konz: „Ich wurde vor vier Jahren vom damaligen Präsidenten des Landesverbandes, Nico Wennmacher, gefragt, den Posten zu übernehmen, und hab auch spontan zugesagt.“

Zusammen mit Kameraden aus meiner ehemaligen Jugendsektion haben wir den Sektor frisch aufgebaut und mit viel Erfolg dynamisiert. Es gelang uns, die Rentner wieder mehr an ihre Gewerkschaft zu binden, z.B. durch die Ausflüge und Konferenzen, die wir organisierten.“

Wie sah die Zusammenarbeit mit der Abteilung Rentner und Pensionierte des OGBL aus?

J.K.: „Wir haben mit dem OGBL ein Abkommen getroffen, uns gegenseitig in den komplexen Fragen zu unterstützen. Die Probleme, welche die Rentner und Pensionierte beider Gewerkschaften kennen, ähneln sich ja. OGBL und Landesverband ergänzen sich optimal in diesem Bereich.“

Wenn Sie Ihrem Nachfolger einen Ratschlag geben könnten, wie würde der lauten?

J.K.: „Nico Wennmacher ist ein gestandener Gewerkschaftler und zweifellos der richtige Mann am richtigen Platz, schon allein, weil er auch Präsident des Landesverbandes war und daher auch die Thematik sehr gut kennt. Ich wünsche ihm auf jeden Fall viel Erfolg für die nächsten vier Jahre.“

Neuer Präsident



Neben dem politischen stand auch ein administrativer Teil auf der Tagesordnung. Bei der teilweisen Erneuerung des Vorstandes wurde Nico Wennmacher einstimmig zum Nachfolger von Josy Konz gewählt. Wennmacher war von 1998 bis 2009 Präsident des FNCTTFEL-Landesverbandes. Seit dem 1. Juli 2009 vertritt er die CFL-Pensionierten in der „Chambre des salariés“.

Wachablösung an der Spitze des Sektors

(Schluss aus Signal 9/2010)

Danach behandelte der Vorstand nachfolgende Punkte seiner Tagesordnung:

Konferenz von Dr. Claude Gengler über das Zusammenleben in der Großregion

Kam. Roby Meis hat zusammen mit dem Referenten das Datum vom Montag, den 22. November abgesprochen. Der Festsaal ist reserviert. In dieser Konferenz wird der Referent das Thema: „D’Groussregioun SaarLorLux mat hire Stärkten, Schwächen, Kooperationen an Eerausforderungen“ behandeln. Der Referent möchte ein größeres Publikum ansprechen und die Konferenz sollte öffentlich sein. Die Pensioniertenabteilung des OGB-L hat bereits ihre Beteiligung zugesagt. Die Mitglieder unseres Sektors

werden eine persönliche Einladung (zusammen mit der Einladung zur Pensioniertenfeier am 28. November) erhalten. Kam. Roby Meis wird einen Artikel zur Konferenz im „Le Signal“ veröffentlichen. Er wird Kontakt aufnehmen mit Nico Clement, Vertreter des OGB-L im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion. Weiterhin wird er den Kontakt zum Referenten halten.

Sommerausflug vom 14. bis 19. Juni nach Norddeich

Nach mehreren Abmeldungen beläuft sich die definitive Teilnehmerzahl auf 46. Kam. Marcel Arendt wird der verantwortliche Reiseleiter sein.

Herbstausflug am 23. September mit der „Princesse Marie-Astrid“

Die Einladung nebst Programm und Teilnehmerpreis

war im „Le Signal“ vom 2. April zum 1. Mal veröffentlicht worden. Nach Aussage des verantwortlichen Reiseleiters, dem Sektor-Kassierer Marcel Arendt, haben sich inzwischen 85 Teilnehmer/innen bei ihm gemeldet. 35 Mittagessen hat er nachbestellt und in den betreffenden Zügen nach und von Wasserbillig genügend Plätze reserviert.

Sommerausflug 2011

Kam. Marcel Arendt arbeitet weiterhin intensiv an einer 6 Tage-Reise ins Berner Oberland. Das Hotel mit max. 29 Zimmern ist reserviert. Wie in der Vergangenheit, wird auch dieser Ausflug von der Sektorkasse bezuschusst. Kam. Marcel Arendt hält sich das Recht vor, das Programm erst auf der Pensioniertenfeier am 28. No-

vember zu präsentieren. Erst danach können die ersten Reservierungen vorgenommen werden.

Pensioniertenfeier am 28. November

Wird zum gegebenen Zeitpunkt behandelt.

Statutarische Sektorkonferenz am 28. Juni

Vor der eigentlichen Vorstandssitzung hatten dessen Mitglieder die persönliche Einladung sowie zwei standardisierte Kandidaturerklärungen für das eine oder andere Mandat im Sektor-Vorstand, im Verbandsrat sowie in der Kontrollkommission des LV zur Verschickung an alle Mitglieder des Sektors eingepackt.

Mit Genugtuung wurde die Teilnahme des Gesundheits- und Sozialministers Mars Di

Bartolomeo aufgenommen, gleichfalls die Teilnahme einer starken Delegation der OGB-L Pensioniertenabteilung.

Die von Kam. Nico Wennmacher vorbereitete Resolution wurde diskutiert und nach einigen Textänderungen gutgeheißen. Kam. Nico Wennmacher wird diese auf der Konferenz vortragen und verteidigen. Das Resolutionsprojekt wird, zusammen mit der von Kam. Josy Konz redigierten Beilage zur Informationsbroschüre des Landesverbandes (Oktober 2008) betr. die Pflegeversicherung, vor der Konferenz an alle Teilnehmer verteilt.

Nächste Vorstandssitzung

Am Montag, den 12. Juli um 15 Uhr.

Der Sektorpräsident,
Josy Konz

Der neue Vorstand des Sektors Pensionierte

Am 28. Juni 2010 hat die Sektor-Konferenz, stellvertretend für die 2.300 im Ruhestand lebenden Verbandsmitglieder, nachfolgenden Vorstand gewählt:

Ehrenpräsident:
Camille WAGNER

Präsident:
Nico WENNMACHER

Vize-Präsident:
Ed ZBINDEN

Sekretär:
Jos EMERINGER

Kassierer:
Marcel ARENDT

Beig. Sekretär:
René BUCHETTE

Beisitzende:
Albert BENEKE, Jean BIEVER, René BLESER, Jean-Paul GRETHEN, Paul KIEFFER, Fernand LALLEMANG, Roby MEIS, Yvonne MERSCH-MISCHO, Johny POST, Georges SCHOENTGEN, Hélène SCHROEDER-SERRES, Raymond STEIN, Pierre STORK, Roger WEIWEIS.

Der Vorstand tritt im Prinzip jeden ersten Montag im Monat zusammen, um die spezifischen Interessen der Pensionierten und der Witwen sowie die allgemeinen Interessen des FNCTTFEL-Landesverbandes wahrzunehmen.

Der Vorstand übt seine Tätigkeit aus im Auftrag der Sektor-



Der scheidende Präsident Josy Konz

(Foto: Pitt Becker)

Konferenz, die alle 2 Jahre zusammentritt, und des Verbandesrates resp. der Verbandsleitung, auch Exekutive (Comité exécutif) genannt. Seine Beschlüsse unterliegen je nach Sachlage der Zustimmung eines der vorgenannten Gremien.

Dem Vorstand obliegt auch die Aufgabe, seine Mitglieder bestens zu informieren und zu motivieren, damit sie weiterhin aktiv am Geschehen der Gewerkschaft teilnehmen. Auch wird er sich um die kulturellen und geselligen Bedürfnisse seiner Mitglieder kümmern und selbst solche Begegnungen wie Konzerte, Konfe-

renzen, Besichtigungen, Ausflüge usw. organisieren.

Für die Alltagsprobleme im sozialen, rechtlichen und Verwaltungsbereich steht

jeden Donnerstag von 10 bis 12 Uhr

Kam. **Marcel MAACK** als erster Ansprechpartner zur Verfügung im Verbandssekretariat (2. Stockwerk im Casino Syndical in Bonneweg) resp. unter der Telefonnummer **48 70 44-50**

Sozialmodell erhalten und ausbauen

Die Konferenz des Sektors Pensionierte im FNCTTFEL-Landesverband, tagend am 28. Juni 2010 im Casino Syndical in Bonneweg, befasste sich mit der aktuellen Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die aktiven und pensionierten Arbeitnehmer.

Sie stellt fest, dass die Lohnabhängigen und Pensionsempfänger mittels Austeritätsmaßnahmen für eine Krise bezahlen sollen, welche sie in keiner Weise verschuldet haben. Sie wehrt sich dagegen, dass unser Sozialmodell unter dem Vorwand der Wirtschaftskrise scheinbarweise verstümmelt wird.

Dieses Sozialmodell, bestehend aus Arbeitnehmergrundrechten, einem umfassenden Sozialversicherungssystem sowie öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, hat während Jahrzehnten einen beispiellosen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt ermöglicht. Hierdurch konnten die Auswirkungen der aktuellen Krise gemindert und abgefedert werden. Deshalb gilt es dieses Sozialmodell, vor allem im Interesse der künftigen Generationen, zu bewahren und dort wo Mängel bestehen, weiter auszubauen.

Die Konferenz wehrt sich gegen eine Aufweichung des Arbeitsrechtes im Privatsektor und gegen eine Verschlechterung der

statutarischen Bestimmungen im öffentlichen Sektor.

Sie fordert, dass:

- das volle "ajustement" der Renten und Pensionen am 1. Januar 2011 ausbezahlt wird;
- das Indexsystem, welches sich bewährt hat, unangetastet bleibt;
- der Auszahlungsmodus der "Mammerent", ab dem 60. Lebensjahr, beibehalten wird, solange diese Sozialleistung nicht durch ein besseres System abgelöst wird;

Die Konferenz ist der Meinung, dass Lohnmoderation, Liberalisierung und Sozialabbau am Ursprung der aktuellen Krise sind. Die Verstärkung dieser Politik, welche die Krise verursacht hat, kann nicht den Ausweg aus dieser Krise darstellen. Sie unterstützt deshalb den Verbandsrat in seinen Bemühungen eine kontinuierliche Lohn- und Gehälterpolitik durchzusetzen.

Die Konferenz stellt fest, dass die Kaufkraft der Konsumenten durch Preis- und Taxenerhöhungen, u.a. durch die Erhöhung des Wasserpreises, stark gelitten hat. Eine zusätzliche Belastung der unteren und mittleren Einkommensbezieher mittels Krisensteuer hält sie für unangebracht. Die Konferenz ist der Meinung, dass die Reichen sowie die Bezieher von sehr hohen Einkom-

men, ebenso wie die finanzstarken und mit hohen Gewinnen operierenden Unternehmen verstärkt herangezogen werden müssen, um für die Krise und für die Realisierung von notwendigen und zukunftsorientierten Infrastrukturen zu bezahlen. Außerdem wäre es endlich an der Zeit, die Steuerhinterziehung effektiv zu bekämpfen.

Da vor allem die älteren Mitarbeiter auf gute öffentliche und soziale Dienstleistungen angewiesen sind, unterstützt die Konferenz den Landesverband in seinem Kampf gegen Liberalisierung und Privatisierung im öffentlichen Dienstleistungsbereich.

Durch einen jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kampf konnte ein Sozialversicherungssystem geschaffen werden, welches die Menschen in allen Lebenslagen weitgehend absichert. Vor allem für ältere Menschen ist es wichtig, dass Kranken- und Pensionsversicherung vor Altersarmut schützen. Deshalb wehrt die Konferenz sich mit aller Entschiedenheit gegen alle Versuche, die entsprechenden Leistungen zu verschlechtern.

Die Konferenz des Sektors Pensionierte ruft alle seine Mitglieder dazu auf, bei allen Aktionen des Landesverbandes präsent zu sein, wann immer ein solcher Aufruf erfolgt.

Pressemitteilung

LSAP-Fraktion trifft FNCTTFEL-Landesverband

Angeführt von Parteipräsident, Alex Bodry und Fraktionspräsident, Lucien Lux empfing die LSAP am 24. Juni 2010 eine Delegation des FNCTTFEL-Landesverbandes unter der Leitung von Guy Greivelding zu einem Gedankenaustausch, wobei es in erster Linie, um die Investitionen der Regierung im öffentlichen Transport sowie, um die angekündigten Sparmaßnahmen, repektive die laufenden Gehälterverhandlungen und einer möglichen Gehälterrevision im öffentlichen Dienst, ging.

Im Bereich des öffentlichen Transports, begrüßten beide Seiten, dass gemäß dem Konzept „mobil 2020“ die Eisenbahnstrecke Luxemburg – Pétingen bis 2012 auf der gesamten Länge zweigleisig ausgebaut wird und der Bau der neuen Linien Luxemburg – Bettemburg bis spätestens 2014 in Angriff genommen werden soll.

Beide Delegationen widersetzten sich der geplanten Einstellung des Personenverkehrs auf der Zugstrecke Nörtzingen – Rümelingen und sind sich einig, dass es Pflicht des zuständigen Ministers sei für ein kundenorientiertes Zugangebot, z.B. durch Direktzüge zwischen dem Kayl und Luxemburg einzutreten. Es könne nicht sein, dass der Minister sich hinter der CFL-Direktion verstecke und behauptet, dass dies nicht Sache des Ministeriums sondern der CFL sei.

Sofern man in absehbarer Zukunft nicht das totale Verkehrskollaps auf Kirchberg in Kauf nehmen wolle, waren sich LSAP und Landesverband darüber im Klaren, dass die Zurückstellung des Projektes bis 2014 nicht Anlass sein dürfe, um die Planungen für die Tram zu verzögern oder gar einzustellen.

In Bezug auf die anstehende Gehälterrevision im öffentlichen

Dienst wurde von Seiten der LSAP betont, dass man in Krisenzeiten auch den Staatsbeamten eine Nullrunde abverlangen könne. Lucien Lux betonte allerdings, dass dies kein Freibrief für die Kürzung der Essenszulage oder des dreizehnten Monatsgehalts darstelle. Der Landesverband hingegen machte seiner Ablehnung der geplanten Gehälterkürzungen deutlich und verlangt eine gerechte Einstufung aller Bediensteten im gesamten öffentlichen Sektor. Darüber hinaus kündigte die LSAP an, den Landesverband in seinen Bemühungen unterstützen zu wollen, um als Verhandlungspartner in Sachen Gehälterrevision im öffentlichen Dienst von der Regierung anerkannt zu werden.

LSAP-Parteipräsident, Alex Bodry unterstrich, dass die LSAP in den Diskussionen um das Sparmaßnahmenpaket, so wie es schlussendlich vorgestellt wurde, für eine gerechte Aufteilung gesorgt hat. Schließlich hätte man sich mit Erfolg dafür eingesetzt, dass vor allem die Familien und die Geringverdiener weniger bis überhaupt nicht belastet werden. Verdienst der LSAP sei es zudem, dass es in vielen Punkten zur einer sozialen Abfederung bei verschiedenen Sparmaßnahmen, wie zum Beispiel bei der Krisensteuer oder bei der Koppelung des Steuerkredits („Béllegen Akt“) an das Einkommen, gekommen sei. Der Landesverband untermauerte nochmals seine Argumente zur Ablehnung des Sparpaketes und erklärte demnächst Alternativen zur Krisenpolitik der Regierung öffentlich vorzustellen.

Abschließend äußerten beide Seiten den Wunsch sich auch in Zukunft regelmäßig über die besprochenen Themenfelder austauschen zu wollen.



Mit Wirkung vom 1. Juli 2010

Die neuen Punktwerte

Infolge der allgemeinen Anpassung der Löhne, Gehälter und Pensionen an die Entwicklung der Lebensunterhaltungskosten (+ 2.5 %) gelten mit Wirkung vom 1. Juli 2010 nachfolgende Punktwerte nachdem eine Indexbranche erfüllt.

Indexstand: 719,84

Kaderpersonal

Punktwert: 16,7748 €

Die Familienzulage beläuft sich beim Minimum von 25 Punkten auf 419,37 € und beim Maximum von 29 Punkten auf 486,46 €.

Hilfskader

Punktwert: 15,8841 €

Pensionierte und Witwen

Punktwert: 16,0282 €

Jean-Marie Thoma

Verbandssekretariat: Tel.: 48 70 44-50

FNCTTFEL-Landesverband auf Dienststellenbesuch



Die Delegation des Landesverbandes bei den Kollegen des SES ...

(Foto: Jean-Claude Thümmel)

Die Kameraden Guy GREIVEL-DING, Jean-Claude THÜMMELE und Carlo THISSEN waren am 18. bzw. 25. Juni 2010 auf Dienststellenbesuch. Am 18. führte sie der Weg nach Petingen, Rodingen, Differdingen und Belval-Usines. Eine Woche später waren die Dienststellen in Wasserbillig, Mertert-Hafen und Echternach an der Reihe.

Die Kollegen der IF-Dienste, sowohl in Petingen, wie in Wasserbillig beklagen den Mangel an geeigneten Dienstfahrzeugen. Besonders die Petinger Kollegen ärgern sich, dass sie aus diesem Grund mit ihren Privatautos auf holprigen und für den Pkw-Verkehr ungeeigneten Waldwegen auf die Baustelle der Strecke Petingen – Luxemburg fahren müssen.

In Rodingen fällt das Fehlen eines behindertengerechten Zugangs zum zweiten Bahnsteig auf. Aber nicht nur für behinderte Fahrgäste, sondern auch für Mütter mit Kinderwagen wird das Gelingen zum zweiten Bahnsteig fast unmöglich, so dass Reisende mit Kinderwagen oft verbotenerweise die Gleise überqueren. Dies ist nicht nur verboten, sondern auch höchst gefährlich für die Zuwiderhandelnden selbst und den Zugverkehr. Bei der Unterführung in Rodingen sind an einer Wand die Kacheln abgefal-

len, und dieser Zustand währt jetzt bereits ein Jahr lang, was dem Erscheinungsbild des Bahnhofs kaum dienlich ist. Zudem gibt es hier für das Bahnhofspersonal kaum Parkmöglichkeiten.

Die GR-Kollegen in Differdingen beklagen den unzureichenden Notausgang des Fahrdienstleiter-raumes. Sie fragen sich auch, was mit dem schönen, aber zurzeit verkommenen, alten Bahnhofsgebäude geschehen soll. In Belval-Usines besteht noch immer das Problem der fehlenden Parkmöglichkeiten für das hiesige GR-Personal.

In Wasserbillig kann das Problem der unzureichenden P & R – Möglichkeiten für die Zugreisenden nicht verleugnet werden, aber dieser Mangel betrifft ja wie bekannt sehr viele Bahnhöfe auf dem CFL-Netz. Die Wasserbilliger Fahrdienstleiter/innen warten noch immer auf die Unterbringung der, wegen des Gebläses störenden, Rechner in einen Nebenraum des Fahrdienstleiter-raumes. Dies sei bereits letztes Jahr vom GR-Dienst genehmigt worden, aber bis dato habe sich noch nichts getan.

Im Busdepot von Echternach hat das Anbringen eines Antivogelnetzes in den Busabstellhallen erste positive Resultate gebracht. Nach Angaben der Kollegen vor Ort sollen die Aufenthaltsräume mit ihren Sanitäranlagen neu gestaltet werden,

denn augenblicklich ist es schon störend und absonderlich, dass der Zugang zu diesen Räumen durch die Toilettenräume führt.

Am Busbahnhof von Echternach konnte sich die Landesverbanddelegation selbst von der, sowohl für die Reisenden als auch für die Busfahrer/innen, gefährlichen Situation überzeugen. Dieser Busbahnhof, welcher täglich von vielen Schülern/innen benutzt wird, entspricht kaum mehr den heutigen Sicherheitsstandards. Das schon seit mehreren Jahren bekannte Problem der Toiletten für das Bahnhofspersonal wurde bis jetzt auch noch nicht gelöst. Zudem sind die Öffnungszeiten des Fahrkartenschalters in den Sommermonaten, wo eine Unmenge von Touristen am Schalter Auskunft erbeten, kaum an die Bedürfnisse dieser Klientel angepasst.

All diese an den Landesverband herangetragenen Belange des Personals werden in den vorgesehenen Gremien bei den CFL mit Nachdruck vorgetragen werden.

Zu erwähnen bleibt noch, dass die Kameraden vom Landesverband in Differdingen und Mertert-Hafen mit rezent eingestellten Eisenbahnerkollegen/innen reden konnten. Von dieser Seite wünscht der Landesverband alles Gute für ihre zukünftige Berufslaufbahn bei der Eisenbahn.

Carlo Thissen



... und bei den Kollegen des Gleisunterhaltendienstes

(Foto: Jean-Claude Thümmel)

Don Quijote

Angst verwirrt die Sinne und lässt Dinge anders erscheinen, als sie in der Tat sind.

Miguel de Cervantes Saavedra
spanischer Dichter
'Don Quijote de la Mancha'
1547 - 1616

Am 11. Oktober 1605 erschien der erste Teil des Romans „Don Quijote“ des spanischen Schriftstellers Miguel de Cervantes, ein zweiter Teil gut zehn Jahre später. Der Roman gehört zu den großen Büchern der Weltliteratur. Don Quijote ist zunächst ein Junker, ein verarmter Landadeliger, der in der Mancha, einem ländlichen Gebiet in der Mitte Spaniens, lebt. Als einzige Unterhaltung hat er nur Bücher über Ritter zur Verfügung. Nach und nach flüchtet er sich immer mehr in eine Fantasiewelt aus Burgen, Rittern, Edelräubern und Abenteuern und hält sich schließlich selbst für einen Ritter, eben für Don Quijote de la Mancha. Als Ritter möchte er seinen Ruhm mehren und zieht fortan über das Land, um als fahrender Ritter mit seinem Knappen Sancho Pansa und auf dem Rücken seines Pferdes Rosinante allerlei Abenteuer zu bestehen und für Gerechtigkeit zu sorgen.

Kann man im ersten Teil dieses Werkes großer Literatur seit über 400 Jahren Don Quijote als bemitleidenswerten Irren sehen, der sprichwörtliche Ritter von der traurigen Gestalt, so wandelt er sich im zweiten Teil zu einem Weisen und sein anfangs trotteltiger Begleiter Sancho Pansa überrascht ebenfalls durch große Einsicht und Weisheit. Zum einen schrieb Cervantes einen ironischen Text über seine Zeit, zum anderen aber auch, unabhängig von seiner Zeit, über die Frage, was real ist und was nicht. Wann kämpft der Mensch noch aufrichtig um seine Ideale, und wann flüchtet er sich in Traumwelten? Wann ist ein Mensch noch ein Idealist und wann wahnsinnig?

In dem Sinne wurde das große Werk der Weltliteratur des spanischen Schriftstellers Miguel de Cervantes Saavedra, das als satirisch-realistischer Roman zunächst als Parodie auf den Ritterroman gedacht war, eigentlich zum wahren Bild menschlichen Lebens.

Besonders ein Teil dieses Romans soll in einen aktuellen Kontext gesetzt werden. Der Kampf des tapferen Ritterleins gegen die Windmühlen, die heute die bekannteste Episode des Werkes ist. Sie spielte im Original allerdings nur eine untergeordnete Rolle, ist aber für die meisten modernen Bearbeitungen dieses Stoffs zentral. Ja, der berühmte Kampf gegen die Windmühlen, ein aussichtsloser Kampf oder ein Kampf gegen eingebildete Gegner, Interpretation eigentlich offen.

Heute wie damals macht diese Episode des zitierten Werkes jedoch immer noch Sinn. Wie man die Frage der Interpretation des sprichwörtlichen Kampfes gegen die Windmühlen, eine wahrlich amüsante Vorstellung eines an sich irrsinnigen Unternehmens auch immer beantworten mag, so kann man, wie der Zeilenschreiber die aktuelle Situation sieht, diese durchaus stellen. Und sich selbst beantworten. Oder zumindest den Versuch unternehmen. Wenn man denn will.

Man verwirrt uns. Man macht uns unsicher. Man macht uns Angst. Der kalte Krieg ist zurück. Auch wenn die Methoden nicht mehr direkt Waffen sind. Ein Krieg, der also nicht mehr mit Waffen ausgetragen wird, sondern mit Geld. Moderne Kriegsschauplätze sind nicht mehr die

klassischen Schlachtfelder armseliger Kriegsführung, wie wir sie kennen, sondern die Finanzmärkte. Genau so armselig, jedoch eben anders. Auch die Akteure sind andere oder vielleicht, beachtet man die Hintergründe, doch nicht. Nicht mehr gewaltige Militärböcke, Ost und West, wie es einmal war, stehen sich gegenüber, sondern Politik und Spekulanten. Hedgefonds, Investmentbanker. Auch wenn sich also einiges verändert hat, so eines bestimmt nicht. Denn der Kalte Krieg wird heute wie damals um dieselbe Frage geführt:

Wer beherrscht die Welt?

Diese Frage wirft Hans-Ulrich Jörges in einem seiner vielen Zwischenrufe aus Berlin ins sternen auf. Wer beherrscht also die Welt? Demokratisch gewählte Regierungen, schwerfällig, stimmungsabhängig und oft wirr in ihren Entscheidungsprozessen, oder Finanzjongleure, schnell, kalt und rational in ihrem Kalkül? Einige glaubten oder glauben immer noch, sich alles erlauben zu können. Andere sollten zur Verantwortung zurückkehren. Durch mutige Politik, durch entsprechende Kontrollmechanismen, durch Gesetze. Klar und deutlich.

Bisher erschien der kalte Kapitalismus neoliberaler Prägung und entsprechender Auswüchse das Credo gewisser Politikreize zu sein, die sich ihres Sieges sicher zu sein schienen. Jeder Kampf gegen diese Ideologie, die sich um so siegessicherer fühlte, als die Mauer fiel und das versagende politische „Alternativmodell“ des völlig falsch interpretierten Marxismus, der in eindeutige Linksdiktatur ausartete, völlig folgerichtig in sich zusammenbrach, wurde als Kampf gegen die Windmühlen, als Frontalangriff gegen die sakrosankte freie, liberale Marktwirtschaft angesehen. Kritik wurde von den Verfechtern des freien Marktes mitnichten toleriert und diese Kreise haben ihre Einstellung auch heuer und trotz Finanz- und Wirtschaftskrise immer noch nicht geändert. Eben weil ihre Einstellung zu Macht und Geld sich niemals ändern wird – sofern die Politik, die Vertretung der allgemeinen Interessen des Wahlvolks, nicht eingreift, gegensteuert. Was man scheinbar nun eben – endlich - machen will. Man hat den Kampf gegen die Spekulanten und sonstigen Finanzjongleure aufgenommen. Europas Politik reagiert in höchster Not.

Es wird Zeit. Das neoliberale Modell der Wirtschaft ist nicht mehr tragbar. Seine soziale Dimension hat sich in Luft aufgelöst, die rücksichtslose Suche nach Profit um jeden Preis, ohne staatliche Regulierung ist einfach nicht dazu geeignet, den sozialen Wohlstand der Allgemeinheit zu sichern. Die Gesellschaft der Zukunft, die solidarische Gemeinschaft, die wir uns doch alle eigentlich wünschen, kann niemals von einer rein liberalen Marktwirtschaft, für die Solidarität ein Fremdwort ist, geformt werden. Denn wie alles in der Welt zusammenhängt hat diese weltweite Krise leider bestens bewiesen. Eine andere, eine wahre soziale Wirtschaftsordnung muss deutliche Aufgabe mutiger Politik sein.

Und die Aufgabe der Regierenden muss wieder im Sinne Abraham Lincolns sein:

„Regieren des Volkes, durch das Volk und für das Volk.“

Und nicht im Interesse des internationalen Kapitals. Auch wenn jene meinen, wir alle würden einen Kampf gegen die Windmühlen führen.

Wie Don Quijote...

Frank Bertemes

Sektion BUS

Questions proposées par les délégués:

Jean-Paul Schweigen et Jean Nittler pour la réunion du 28/06/2010

1. **Demande de recevoir le relevé des questions demandées par les délégués pour l'exercice 2009. Le relevé remis lors de la dernière réunion ne répond pas à la question lesquelles sont réalisées ou pas réalisées.**

Das Dokument wird vervollständigt und erneut an die Delegierten ausgehändigt werden.

2. **Uniforme 2010. Les délégués demandent pour l'exercice 2010 une uniforme de même qualité que le service AV. Les délégués insistent à une prise de mesure chez un tailleur. Les délégués ne sont pas d'accord de commander une uniforme par simple image d'un catalogue.**

Wir sprachen uns mit aller Deutlichkeit klar für die Beibehaltung des jetzigen Modells unserer Uniform (Anzug) aus. Für uns ist klar, dass Freizeitbekleidung (Jeanshose, Polo Hemd und Freizeitmütze) keine Uniform darstellt. Wir können auch die Meinung unseres Chefs sowie der Delegierten des Syprolux nicht teilen, dass Freizeitbekleidung das Bild des Busfahrers nach außen hin aufwerten soll! Auch forderten die Delegierten des Landesverbandes eine bessere Qualität der Hemden sowie Pullover als Bestandteil der neuen Uniform (Anzug) und dass die genaue Masse der Fahrer genommen werden müssten. Außerdem bestanden die Delegierten auf eine Erhöhung der Kleidermasse ab 2011. Die Delegierten des Landesverbandes sowie des Syprolux konnten sich aufgrund dieser Meinungsverschiedenheit nicht einigen. Der Dienstchef teilt in einem Brief an Direktor Hoffmann dieses Anliegen mit. Die Entscheidung liegt laut Aussage des Dienstchefs bei Direktor Hoffmann und soll beim 'Einkauf' getroffen werden! Am 1. Juli sei auch eine Versammlung für die Uniformen vorgesehen. Hemde der Marke 'Olympia' sollen aber jetzt sofort bestellt werden. (Im nächsten Signal kommen wir im Detail darauf zurück).

3. **Les délégués demandent, que les chantiers où un secours-rail doit être assuré, doivent être affichés plus longtemps à l'avance, pour que les C.R. peuvent mieux organiser leur congé noir.**

Hier bekamen wir die Antwort, dass die Mitteilung beim letzten 'Substitution rail' an die Busfahrer viel früher hätte geschehen müssen. Manchmal kann es jedoch vorkommen, dass verschie-

dene Baustellen kurzerhand zeitmäßig umgeändert würden, wo unser Busbetrieb keinen Einfluss darauf habe. Ein Aushang für die diesjährigen Baustellen wird erfolgen.

4. **Demande que l'ordre de demande en congé noir sera respecté.**

Das Planifikationsbüro würde ihr Bestes tun.

5. **Demande que le réglage des caméras dans les nouveaux bus de la série 10 et de la série 100 est révisé de manière que le C.R. n'est pas en vue lors de sa conduite.**

Wird erledigt.

6. **Demande de recevoir le chiffre des journées improductives pour 2010.**

Dieses Dokument wurde uns ausgehändigt. Laut Hochrechnung sollen dieses Jahr, wenn alles normal verläuft, 2340 Tage abgebaut werden. Ende des Jahres hatten wir 3906 nicht produktive Tage.

7. **Renseignement concernant des problèmes avec le système e-go dans le dernier temps.**

In letzter Zeit sind Probleme festgestellt worden. Bei einem konkret genannten Fall, soll jedoch keine Anormalität festgestellt worden sein.

8. **Renseignement concernant des problèmes confidentiels.**

Diese würden respektiert werden.

9. **Demande pourquoi un certain nombre de C.R. sont libres plus de dimanches (RP) que d'autres C.R. ?**

Hier wurde uns mitgeteilt, dass verschiedene Fahrer ihre(n) Ruhetag(e) nach eigenem Wunsch in der Woche zugeteilt bekommen würden. Damit die Fahrer jedoch mit ihren Ruhetagen nicht vorlaufen würden, wäre es schlecht möglich auch noch zusätzlich an den Sonntagen frei gestellt zu werden. Jedoch bis Ende des Jahres würde bei jedem Fahrer Rechnung getragen werden, dass er die vorgeschriebenen 17 freie Sonntage bekommen würde.

10. **Demande que le nombre des tours de service matin et après-midi sera plus équilibré pour les réservistes.**

Hier wurde festgehalten dass, wenn Fahrer über einen längeren Zeitraum Frühschicht/Mittagschicht hätten, sie dies dem Chef Mouvement mitteilen sollten und man dies dann ändern würde.

11. **Le personnel de l'atelier n'est pas d'accord avec le fait que lors de leur formation il devait prendre 2 heures de congé quand il y avait un problème technique.**

Hier wurde uns mitgeteilt, dass der Dienstchef mit dem Personaldelegierten des Busateliers gesprochen hätte und dies geklärt sei. Da der Personaldelegierte des Busateliers aber zurzeit in Urlaub ist, werden wir Rücksprache nehmen. Sollte dies jedoch nicht so sein, wird dieser Punkt auf einer anderen Ebene geklärt werden.

12. **Les délégués demandent une réunion spéciale pour l'organisation du Congé 2011.**

Der Dienstchef sah hier keinen Anlass dazu, da noch genügend Zeit war, um sofort in dieser Sitzung darüber zu reden. Festgehalten wurde, dass die Fahrer ihren Winterurlaub ab dem 15. Oktober 2010 beantragen könnten und den Sommerurlaub ab dem 15. November 2010.

Die Wochenschemen für 2011 sind noch in der Planungsphase. Änderungen sind geplant und dies für die Dienststelle Luxemburg sowie für die Isolier-Posten Echternach und Ettelbrück. Geplant sind 4 zusätzliche Fahrer in Echternach einzusetzen, sowie die Wochenschemen in Luxemburg nach Möglichkeit aufzustocken. Dies wird jedoch alles erst überprüft werden, ob es möglich ist.

Mitte Oktober soll uns das Projekt unterbreitet werden.

Verschiedenes

- Der Chef Qualité-Sécurité teilte uns mit, dass die kleinen Unfälle in den letzten Monaten (Eingangstor, Spiegel, etc.) drastisch zugenommen hätten. Im Winter wären verhältnismäßig weniger Unfälle trotz schlechter Witterung und Straßenverhältnisse geschehen. Der Aufruf an die Fahrer sei, jeder solle sein Bestes tun, um diese Art von Unfällen zu verringern.

- Die Delegierten stellten den Antrag, dass bei der Erneuerung von Tachygraphenkarten das Sekretariat sich um diese Angelegenheit kümmern könnte. Diesem Antrag wurde jedoch kein Zugeständnis gemacht, auch nicht über die Übernahme der Kosten von 75 Euro/Karte. Dies bleibt also noch zu klären.

Mitgeteilt von Deinen Personaldelegierten
Jean-Paul Schweigen und
Jean Nittler

Präsident und Generalsekretär zu Gast bei der Vereinigung Ettelbruck



Gesprächsstoff gibt es genug

Die Kollegen des Verwaltungsrates der Vereinigung haben sich zum Ziel gesetzt ein- bis zweimal im Jahr den Präsidenten und den Generalsekretär des Landesverbandes in ihrer Mitte zu begrüßen, um mit ihnen die anstehenden aktuellen Themen zu diskutieren. Sowohl Guy Greivelding als auch Carlo Thissen konnten aufschlussreiche Informationen über die Sparmassnahmen der Regierung, die Gehälterverhandlungen und die Gehälterrevision im öffentlichen Sektor respektive über die Investitionen in den öffentlichen Transport vermitteln.

Eine erfreuliche Nachricht war, dass endlich Schwung in die Arbeiten zur Neugestaltung des

Bahnhofs Ettelbruck kommen wird. Hier erklärten die beiden Gäste, dass sie sich voll einsetzen werden, dass in dem neuen Bahnhofsgebäude die notwendigen Räume für einen optimalen Kundenservice geschaffen werden. Begrüsst wurde auch die gute Aufnahme der Direktverbindungen zwischen Diekirch und Luxemburg bei den Bahnbenutzern. Die Vereinigung Ettelbruck wird weiter wachsam bleiben betreffend den Erhalt des Eisenbahnpersonenverkehrs zwischen Diekirch und Ettelbruck. Sie wird sich ebenfalls solidarisch an allen Aktionen für den Erhalt des Personenverkehrs auf der Strecke Noertzingen – Rümelingen beteiligen.

De Gëtzweg am Signal - Zwischenruf

Konsequenz?

Man soll niemanden in seiner Profession lächerlich machen, er kann dadurch unglücklich werden.
Georg Christoph Lichtenberg

Lächerlich machen, nein, das tut der Gëtzweg mit Sicherheit nicht. Loben wir sie doch einfach. Ausnahmsweise. Aber wirklich nur sehr limitiert. Sie, die Damen und Herren der Politikerkaste, die die letzten langen Jahre wohl auf einem anderen Planeten verbracht haben. Angesichts der weltweiten Finanz-, Wirtschafts- und auch real existierenden Sozialkrise. Oder die aufgrund der vielen Attacken und der Massen an Zeitungsartikeln, die sie, die uns alle vertretenden Damen und Herren auf EU-Ebene, in letzter Zeit so erreicht haben, endlich erwacht sind. Und die sich ihrer Verantwortung wieder bewusst geworden sind. Gut so! Sie veröffentlichten einen Appell. EP-Abgeordnete, die sich im Europäischen Parlament mit den Gesetzestexten über eine stärkere Regulierung und Kontrolle der Finanzbranche befassen. Ein Aufruf, dem wir alle, wir Bürgerinnen und Bürger der EU, uns nur anschließen können. Wenn wir ihn denn gänzlich verstehen sollten. Das Ungleichgewicht der Finanz-Lobbyisten, denen gegenüber die politische Klasse weltweit kapituliert hatte, Finanzjongleure, die nach Gusto schalten und walten konnten, und heuer die Feststellung des „Mangels an Gegen-Expertise“, wie man sich so ausdrückt, wohl

um eigenes Versagen zu vertuschen. Dieses Ungleichgewicht erscheint wahrlich als eine Gefahr für die Demokratie. So weit, so richtig.

Doch dann. Sie, die für die Regulierung des Finanz- und Bankensektors verantwortlichen Abgeordneten (man lese und staune), rufen (Zitat) „daher die Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, Akademiker, Thinktanks...) auf, eine oder mehrere Nichtregierungsorganisationen zu bilden, um eine Gegenexpertise zu den auf den Finanzmärkten durch die wichtigsten Marktteilnehmer ausgelösten Vorgänge zu entwickeln und diese Erkenntnisse effizient über die Medien zu verbreiten.“

Diesen Passus des Aufrufes mögen uns unsere Vertreterinnen und Vertreter im Europaparlament doch bitte sehr einmal erklären. Die bescheidenen intellektuellen Fähigkeiten des Gëtzwegs reichen nicht aus, diese Aussage, diese Aufforderung inhaltlich im Kern zu verstehen.

Hat man etwa doch wieder Angst vor der eigenen Courage, hat man etwa keine eigenen Ideen, was zu tun ist? Braucht man auch noch andere, um die sich aufdrängenden Konsequenzen zu formulieren?

Was soll das?

Franky –
De Gëtzweg



Redaktionsschluss
für die nächste Nummer
des 'Le Signal':
Montag, 19. Juli 2010

Verleihung von Verdienstorden im Rahmen des Nationalfeiertages bei der CFL

Ordre de mérite en vermeil

Marc Bach, Claude Baltès, Jean-Paul Bauler, Carlo Becker, Guy Bidingier, Norbert Bliengen, Romain Bouquet, Michel Brachmond, Serge Braun, René Brosius, Raymond Bruckler, Romain Buttel, Patrick Butti, Patrick Decker, Robert Deutsch, Jacques Ewen, Ginette Frieseisen, Romain Geimer, André Gillander, Sylvie Gindt, Jacques Gonner, Marc Guillaume, Joseph Hermann, Charles Hermes, Constant Hoffmann, Pierre Hoffmann, Danièle Hutmacher, Victor Kauffmann, François Kauthen, Carlo Kayser, Robert Klein, Romain Loewen, Daniel Mandercheid, Donato Massaro, Michel Morn, Guy Novak, Henri Penning, Joseph Philippe, Albert Recken, Roland Risch, Jean-Marie Sauber, Jean Scharle, Guy Schiltz, François Schumacher, Carlo Schweitzer, Rolf Strasser, Romain Sturm, Marco Thill, Georges Thillges, Marc Thoma, Nico Weis, Jean-Marie Wilmes, Bruno Winter, Alain Bauler.

Chevalier

Arsène Bernard, Bis Robert, Aloyse Bouquet, Camille Brocker, Andreas Bruns, Claude Colling, Pierre Colling, Claude Dechmann, Marc Delvaux, Pierre Dreis, Albert



Die Verleihung fand im Luxemburger Bahnhof statt

Foto: Fabrizio Pizzolante

Gleis, Marc Guden, André Herber, Jean Herber, Romain Koenig, Claude Lambert, Patrick Medinger, Fernand Reisdorffer, Arsène Reuland, Henri Revenig, Lucien Schanck, Georges Scholer, Joseph S. Trasser, Felix Streveler.

Commandant

Fernand Garofalo, Jean-Marie Thoma.

Grand officier

Jean-Michel Flammang, Jean-Marie Franziskus.

Couronne de chêne bronze

Claude Donven, Roland Fabritius, Juliette Kucharczyk, Jean-Luc Lo-

geling, Patrick Mannes, Romain Schroeder, Armand Steinmetz, Francis Tavan, Raphael Thiery, Lucien Villaume, Jean-Claude Wälers, Claude Wolf.

Couronne de chêne argent

Marion Bausch, René Bechtold, Marc Bertermes, Pierre Blum, Robert Deitz, Guy Ewert, Daniel Freymann, Serge Friess, Constant Gengler, Marco Gengler, Claude Hermes, Robert Koch, René Linden, Romain Maes, Thomas Majerus, Marc Marcellet, Guy Mathay, Marco Mertens, Robert Monti, Joseph Neiers, Pascal Olinger, Patrick Pauly, Jean-Paul Peters, Jo-

seph Remakel, Germain Schmit, Joel Schmit, Patrick Schmit, Claude Schmitz, Marc Schrantz, Frank Schwarz, Theodore Simon, Patrick Staudt, Jacques Steines, Werner Steinmetz, Marc Strasser, Nico Thein, Jeannot Toepler, Claude Weber, Nico Wilmes, .

Couronne de chêne vermeil

Nicolas Amma, Jean-Claude Baustert, Fernand Even, Marco Goebel, Robert Gouber, Jeannot Hansen, Serge Hansen, Carlo Hoeltgen, Marc Jungbluth, Jacques Kirchen, Joseph Kohl, Marc Mandy, John Mentgen, Romain Meyers, Raoul Moris, Norbert

Muller, Carlo Peters, Daniel Pierrot, Marco Reckinger, Nicolas Roob, Jean-Fernand Schmit, Marco Schmitz, Marc Seywert, François Thielen, Raymond Thill, Roland Wandivinit, Claude Weber, Fernand Weis, Lucien Wolff, Jean-Jacques Zeyen.

Officier

Frank Daro, Raymond Frank, Jeannot Furpass, Robert Gillet, Armand Haag, Jeannot Marnach, Alain Thill, Gaston Zens.

Commandant

Monique Buschmann, Paul Lorang.

Règlement CE 883/2004

Coordination des systèmes de sécurité sociale



La présente note tient compte sur la mise en vigueur de règlement communautaire 883/2004 du 29 avril 2004 et son règlement d'application 987/2009

- portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale
- remplaçant à partir du 1er mai 2010 l'ancien règlement 1408/71 et son règlement d'application 574/72.

1. Changement apportés par le règlement 883/2004

D'emblée, il faut relever que pour la branche maladie-maternité, les nouvelles règles de coordination n'apportent pas de changements fondamentaux par rapport au règlement 1408/71 en vigueur jusqu'au 30 avril 2010 pour les assurés mais il y a quelques améliorations pour les personnes se déplaçant à l'intérieur de l'Union Européenne. Ce règlement s'applique aussi aux personnes non actives et il couvre maintenant tous les membres de famille à charge des personnes assurées.

Le but du nouveau règlement est de moderniser, simplifier et clarifier la coordination en matière de sécurité sociale des Etats membres de l'Union Européenne.

2. Les formulaires Exxx

Différents changements sont à prévoir, notamment au niveau des formulaires Exxx qui seront remplacés par de nouveaux documents. Des documents électroniques appelés SED (Structured Electronic Documents) seront utilisés pour les échanges entre les institutions européennes alors que pour les échanges avec l'assuré, les institutions utilisent des documents en version papier appelés : Documents Portables.

Cette modernisation des formulaires facilite les échanges et les traitements des informations entre les institutions européennes.

N.B. Les formulaires Exxx émis avant le 01.05.2010 restent valables.

3. La carte européenne d'assurance maladie (EHIC)

L'ancienne carte européenne d'assurance maladie (EHIC) reste utilisable jusqu'à la date fin de validité y inscrite. Elle doit ensuite être renouvelée.

La carte européenne d'assurance maladie reste d'application et reste le titre qui permet la prise en charge des soins de santé qui s'avèrent nécessaires lors d'un séjour à l'étranger. Un certificat provisoire de remplacement de la carte européenne d'assurance maladie peut être établi sur demande (valable en règle générale pour une durée de 3 mois à partir de la date d'émission).

Concernant l'accès aux soins au niveau national il n'y aura aucun changement. Pour les soins prémédités à l'étranger, nécessitant une autorisation préalable, seul le nom du formulaire change.

4. Traitement impossible au Grand Duché

Lors d'un traitement impossible au Grand Duché, avant le 1er mai 2010, le formulaire E112 permettait une prise en charge à l'étranger après l'autorisation préalable du Contrôle Médical de la Sécurité Sociale.

Après le 1er mai 2010, le document portable S2 a la même fonction que le E112. Ce document permet en plus d'optimiser les flux de traitement entre les institutions concernées. Dans ce cas, rien ne change pour l'assuré.

5. Pensionnés du régime de pension luxembourgeois et résidant à l'étranger

En tant que pensionné du régime de pension luxembourgeois et résidant à l'étranger, le règlement autorise les personnes dans cette situation soit à se faire soigner dans le pays de résidence soit à revenir au Luxem-

bourg pour se faire soigner. Certains Etats, parmi lesquels figurent la Belgique, la Bulgarie, la République Tchèque, l'Allemagne, la Grèce, l'Espagne, la France, la Chypre, le Luxembourg, la Hongrie, les Pays-Bas, l'Autriche, la Pologne la Slovaquie et la Suède, inscrits à l'annexe IV du règlement 883/2004 accordent ce droit supplémentaire aux titulaires de pension à retourner dans l'Etat membre compétent.

La caisse du pays compétent pourra prélever des cotisations selon les modalités légales du pays compétent sur l'ensemble des pensions perçues éventuellement de plusieurs pays.

6. Bénéfice des prestations de soins au Luxembourg des membres de famille des travailleurs frontaliers

A partir du 1er mai 2010, l'assuré frontalier et les membres de sa famille peuvent obtenir les prestations au Grand Duché de Luxembourg dans les mêmes conditions que celles appliquées aux personnes résidant au Grand Duché. Pour la détermination de la qualité de membre de famille ayant droit aux prestations, seule la législation appliquée par la caisse de maladie du lieu de résidence est déterminante. A cet effet la caisse de maladie du pays de résidence émet une attestation prouvant que les membres de famille soient affiliés du chef de l'assuré qui est affilié au Luxembourg.

7. Droits de l'ancien travailleur frontalier

L'ancien travailleur frontalier pensionné peut continuer les traitements médicaux en cours dans l'Etat où il a exercé sa dernière activité professionnelle.

Le pensionné qui a été travailleur frontalier pendant 2 ans aux cours des 5 ans précédents la pension peut continuer à recevoir les prestations dans l'Etat où il a travaillé comme frontalier, à condition que tous les Etats concernés soient inscrits à l'annexe V du règlement 883/2004.

Le Luxembourg, la Belgique, La France, l'Allemagne, l'Autriche, l'Espagne et le Portugal figurent dans cette annexe.

Les membres de la famille de l'ancien travailleur frontaliers bénéficient du même avantage, sauf si l'Etat du dernier emploi figure à l'annexe III du règlement 883/2004. Le Luxembourg n'y figure pas et ne limite donc pas les droits des membres de famille.

8. Soins de longue durée

Les prestations d'assurance dépendance sont traitées par analogie comme les prestations de l'assurance maladie. Une nouvelle règle visant à éviter le cumul injustifié a été introduite. Ainsi, si une prestation en espèces est versée par l'Etat luxembourgeois, elle sera réduite du montant des prestations en nature accordées par l'Etat de résidence ou de séjour.

9. Traitements moins bien remboursés à l'étranger

Le règlement prévoit que les personnes ayant suivi un traitement autorisé à l'étranger (généralement lorsqu'un traitement

est impossible au Luxembourg dans des délais raisonnables) ont droit à un remboursement différentiel si la prise en charge dans le pays de traitement est moins importante que celle accordée par l'Etat luxembourgeois.

10. Conventions particulières

Les conventions bi- ou multilatérales existantes restent en vigueur (Notamment la convention Belgo-Luxembourgeoise du 24 mars 1994).

11. Personnes «non-actives» mais résidents luxembourgeois

Les personnes « non-actives » (les étudiants, parents s'occupant de l'éducation de leurs enfants sans exercer une activité professionnelle, bénéficiaires d'une prestation d'assistance sociale, autres) sont soumises à la législation de l'Etat membre de résidence.

La présente note est à porter à la connaissance des assurés de l'Entraide médicale des CFL par la voie la plus appropriée.

Le Président de l'Entraide médicale des CFL
(s) Alex KREMER

Le Signal

Organ des FNCTTFEL-Landesverbandes Herausgeber: FNCTTFEL

Verantwortlich für den Inhalt: Carlo Thissen, Generalsekretär
63, rue de Bonnevoie · L-1260 Luxembourg · Tél.: 48 70 44-20
Fax: 48 85 25 · www.landesverband.lu · secretariat@landesverband.lu

Redaktion: Thümmel Jean-Claude, Koordination: Rommes Monique,
Fotos: Pitt Becker.

E-mail: lesignal@landesverband.lu

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Landesverbandes dar. Kürzungen der Beiträge behält sich die Redaktion vor.

Abonnement:

Für alle Mitglieder ist das Abonnement im Mitgliederbeitrag enthalten.

Nichtmitglieder können „Le Signal“ über die Redaktion bestellen.

Jahresabonnement: 25 €

Gestaltung und Umbruch: Polygraphic Communication

Druck: EDITPRESS, Offset-Rotative - 44, rue du Canal - Esch-sur-Alzette

Versand: POLYPRINT S.A. - Esch/Alzette - Tel.: 54 13 82 - Fax: 54 13 87